



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Minden-Ravensberg unter der Herrschaft der Hohenzollern

Tümpel, Hermann

Bielefeld, 1909

2. Bis 1511.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82523](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82523)

Namen fortlebt, sondern sich sagenhafte Erinnerungen an ihn an manche Punkte unserer Gegend knüpfen, so ist es sehr wahrscheinlich, daß er tatsächlich hier ansässig war. Seine Nurenkelin Mathilde, Gemahlin Heinrichs I., gründete auf dem Wittekindischen Erbe um 948 das Stift Enger; dessen Anfänge gehen vielleicht auf Wittekind selbst zurück, der bekanntlich auch dort begraben sein soll.

Schon früher, um 822, war am Zusammenfluß der Na und der Werre das Benediktinerinnenkloster Herford entstanden, dessen Äbtissinnen die Rechte eines Reichsstandes genossen. In Anlehnung an die Abtei erwuchs die Stadt Herford.

Vielefeld wird zuerst 1015 genannt, doch erst um 1214 zur Stadt erhoben.

Wie anderwärts so entstand hier mit dem Zerfall des Stammesherzogtums die landesfürstliche Gewalt. Man nahm bisher an, daß sich diese aus der von Karl dem Großen auch nach Sachsen verpflanzten Grafschaft, also einem Amt, entwickelt habe. Neuerdings ist man aber geneigt, die Territorialherrschaft vielmehr aus der Grundherrschaft abzuleiten, und für Ravensberg dürfte diese Annahme zutreffen. Das Geschlecht, das die fürstliche Gewalt hier erlangte, nannte sich ursprünglich nach einem Orte Calverlage, erst seit Otto I. (um 1150) nach dem Ravensberg. Anfangs übte es nur über die auf seinem Grund und Boden Angesiedelten, die Grundhinterfassen, öffentliche Rechte aus; vermöge der Schutzherrschaft gewann es solche aber auch über Leute, die nicht der Grundherrschaft angehörten: diese begaben sich in seinen Schutz und übernahmen dafür gewisse Verpflichtungen. So wurden die über ein größeres Gebiet zerstreuten Domänen zu einem dominium, einer Herrschaft, abgerundet. Wenn dafür allmählich seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts der Name Grafschaft gebraucht wird, so ist das ein bloßer Titel, kein Hinweis auf den Ursprung aus dem Karolingischen Grafenamt.

Residenz der Grafen war der Ravensberg oder Vielefeld. Von besonderer Bedeutung für letzteren Ort war Graf Hermann, um 1200, als Gründer der Stadt. Er war in die Kämpfe zwischen Friedrich Barbarossa und Heinrich dem Löwen verwickelt und stand auf der Seite des Kaisers. Sonst nennen wir noch Otto III., den Erbauer des Chores der Neustädter Kirche zu Vielefeld (1293), wo sein und seiner Gemahlin Grabdenkmal die Erinnerung an ihn festhält. In greifbarer Gestalt tritt uns aus der Überlieferung kein einziger dieser Grafen aus dem Hause Calverlage oder Ravensberg entgegen, so oft ihre Namen besonders in Urkunden auch genannt werden.³⁾

2. Bis 1511.

1346 starb mit Bernhard die Familie im Mannesstamm aus; die Grafschaft fiel an den Gemahl der Nichte Bernhards, den Grafen Gerhard von Jülich, und 1348 erhielt dieser als mütterliches Erbe seiner Gattin auch Berg, das 1380 Herzogtum wurde. 1423 wurde nach dem Aussterben der jüngeren jülichischen Linie auch Jülich hinzuerworben, so daß nunmehr Ravensberg, Berg und Jülich in Personalunion verbunden waren. Für Ravensberg war die Vereinigung mit den rheinischen Landen kein Glück. Naturgemäß kamen die Fürsten nur selten nach der entfernten Grafschaft. Diese mußte schon zufrieden sein, wenn Söhne des Herzogs mit der Regierung betraut wurden. In dieser Stellung finden wir um 1400 nacheinander drei Söhne Herzog Wilhelms des Älteren: Ruprecht, Adolf, Wilhelm. Von diesen machte sich Adolf in unrühmlicher Weise dadurch bekannt,



Der Ravensberg bei Borgholzhausen. Stich von Winkles nach C. Schlicium aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.

daß er 1403 seinen eigenen Vater überfiel und in Haft hielt. In der Verwaltung Ravensbergs war ihm 1402 sein Bruder Wilhelm der Jüngere gefolgt, der zugleich Bischof von Paderborn war. Da er noch nicht die höheren Weihen erlangt hatte, konnte er 1416 heiraten und widmete sich fortan ausschließlich der Verwaltung Ravensbergs. Im Chore der Neustädter Kirche befindet sich neben dem Grabmal des Erbauers des Chores sein und seiner Gemahlin Grabmal.

Für gewöhnlich vertrat seit dem Wechsel der Dynastie den Landesfürsten ein Beamter, der Drost, der vor allem den Landfrieden zu wahren hatte. Unter ihm standen die Amtleute. Diese geboten über die drei Ämter Ravensberg, Limberg, Blotho, während der Drost im vierten und größten Amt Sparenberg selbst Amtmann war; die Ämter hießen nach den vier Landesburgen, wo die Amtleute hausten, und zerfielen wieder in Vogteien, diese in Kirchspiele, eine Einteilung, die bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts bestanden hat. Sie war an Stelle der alten Fronhofsverfassung getreten, die die zerstreut liegenden Besitzungen der Grundherrschaft um Haupthöfe vereinigte, von denen aus der gräfliche Meier die Abgaben der Hörigen für seinen Herrn einzog. Seit Einrichtung der Ämter ging die Verwaltung nicht mehr ausschließlich auf die Hinterlassen, sondern auch auf die Schutzbefohlenen. Seit 1346 waren die Amtleute nicht nur Beamte der Domänenverwaltung, sondern auch Burghauptleute, sie vertraten den Landesherrn als Schutzbvogt der Untertanen ihres Amtes. Es waren stets Edelleute; einer der Drosten, Philipp von Waldeck (um 1500), gehörte sogar dem hohen Adel an. Den Amtleuten unterstanden Vögte, diesen Untervögte; nur der Drost hatte einen Rentmeister. Vielfach waren die Ämter zum Schaden der Untertanen den Amtleuten verpfändet. So mangelhaft indessen auch oft diese Verwaltung funktionierte, sie bedeutete doch einen großen Fortschritt gegen früher: wir haben hier die Anfänge des modernen absehbaren Beamtentums vor uns, im Gegensatz zum mittelalterlichen erblichen Lehen.

Standen in dieser Beziehung die Ravensberger Landesherren nicht ungünstig da, so bedeutete das Aufkommen der Stände an sich eine Schwächung ihrer Macht, doch sind diese, obgleich sie sich rechtlich in alle Verhältnisse hätten mischen können, tatsächlich sehr gefügig oder passiv gewesen. Wir hören von ihnen zuerst 1346, wo sie sich von dem neuen Landesherrn ihre Rechte verbürgen lassen. Sie waren vor allem eine Vertretung der Ritterschaft, die in corpore auf ihnen erscheinen durfte. Diese bildete seit etwa 1425, nachdem die vorhandenen Unterschiede ausgeglichen worden waren, eine Einheit. Landtagsfähig war, wer ein festes Haus, eine Burg, besaß. Die Entstehung der Ritterburgen fällt in die Zeit von 1360—1450. Nicht vertreten war auf den Landtagen die Geistlichkeit, da es nur wenig Stifter im Lande gab, ebenso wenig der meist hörige Bauernstand, wohl aber die Städte Bielefeld und Herford.

Auch nachdem Bielefeld die Selbstverwaltung durch einen Rat erlangt hatte, stand an dessen Spitze zunächst noch der landesherrliche Richter, bald aber (zuerst 1265 bezeugt) bekam die Stadt einen eigenen Bürgermeister, der allerdings auch vom Stadtherrn oder seinem Stellvertreter ernannt wurde. Trotz der Selbstverwaltung besaß Bielefeld eben nur ein geringes Maß von Stadtfreiheit, blieb nur eine landesherrliche Stadt.

Höchst verwickelt lagen die Verhältnisse in Herford. Ursprünglich war die Stadt ganz von der Äbtissin abhängig gewesen, auf deren Grund und Boden sie gebaut war. Diese ernannte einen Teil der Ratsherren und den Bürgermeister. Aber sie konnte diese Stellung nicht behaupten, sondern verlor mehr und mehr ihren Einfluß. Sie behielt nur das Bestätigungsrecht, das aber nicht viel mehr als auch Form war. Nun aber suchten die Ravensberger Landesherren die Stadt zunächst in militärische Abhängigkeit zu bringen; 1359 veranlaßten sie dieselbe, die Landtage zu beschicken. 1382 erhielten sie die Reichsvogtei des Stiftes und 1472 die Gerichtsbarkeit in der Stadt, soweit sie dem Erzbistum Köln zugestanden hatte. Mittlerweile hatten 1433 Beisitzer und Amtmeister als Vertreter der Bürgerschaft Anteil am Stadtregerium erlangt, ohne indessen den überwiegenden Einfluß des Rates zu beseitigen. 1547 trat dann die Äbtissin, wie wir vorgreifend bemerken wollen, sämtliche Hoheitsrechte über Herford, die ihr geblieben waren, an den Landesherrn von Ravensberg ab, wogegen sich dieser verpflichtete, die Stadt bei allen ihren Gerechtsamen zu belassen. Ein klarer Rechtszustand war aber auch damit nicht geschaffen, zumal der Reichsfiskal beim Kammergericht Verwahrung gegen diese Zession einlegte. Der Prozeß schwebte über 80 Jahre und wurde dann zugunsten der Stadt entschieden; am 31. März 1631 erklärte das Reichskammergericht Herford für eine freie Reichsstadt — ein Erfolg, der freilich nur von kurzer Dauer war. — Für die Abtei hatte die Äbtissin die Reichsunmittelbarkeit behauptet. Schutzherr war nach dem Aussterben des alten Herzogshauses der Kurfürst von Brandenburg. Erst 1802 fiel durch Abkommen zwischen Frankreich und Preußen außer anderen Gebieten auch die Abtei Herford an Preußen, und der Reichsdeputationshauptschluß vom Jahre 1803 bestätigte die Säkularisierung des Stiftes.

„Die Luft in der Stadt macht frei“, die Bürger von Bielefeld und Herford besaßen also persönliche Freiheit, während sie die üblichen Abgaben zunächst noch weiter entrichten mußten. Auf Heergewette und Gerade verzichtete in Bielefeld der Landesherr erst 1507, in Herford gar erst 1718.

Immerhin kann man auch in Ravensberg die Städte als Sitz der Freiheit bezeichnen, auf dem Lande dagegen herrschte die Hörigkeit. Aus dem Mittel-

alter haben wir keine genauen Angaben über das Verhältnis von Freien und Unfreien, aber für 1550 hat man die ersteren auf 15 %, die letzteren auf 85 % berechnet, und viel anders wird es auch im 15. Jahrhundert nicht gewesen sein.

Daß, wie wir oben sahen, die Bauern auf den Landtagen nicht vertreten waren, war um so härter, als die von den Ständen bewilligten Steuern zum größten Teil von der ländlichen Bevölkerung aufgebracht wurden. 1359 hören wir zum erstenmal von solch landständischer Steuer. Bis dahin hatten sich die Grafen, wenn sie — was bei den neuen Aufgaben, die die Ausbildung der Landeshoheit an sie stellte, nicht selten war — in finanzielle Bedrängnis gerieten, durch Anleihen oder Verpfändungen geholfen. Die Steuern galten als freiwillige Leistung. Waren bei ihrer Erhebung die Stände durch adeliche Receptoren vertreten, so gab es doch keine ständische Kasse, und die Verwendung stand allein dem Landesherrn zu.

Sehr eigenartig waren die Gerichtsverhältnisse. Da sich die Landeshoheit hierzulande aus der Grundherrschaft entwickelt hatte, besaß der Landesherr zuerst gar nicht die Blutgerichtsbarkeit, sondern die Gogerichte, an die der Blutbann über-



Grabdenkmal des Grafen Wilhelm von Ravensberg († 1428) in der Marienkirche zu Bielefeld.
(Aus Ludorfs Bau- und Kunstdenkmälern von Westfalen. Band: Kreis Bielefeld-Stadt.)

gegangen war, befanden sich in anderen Händen. Ebenso stand den Grafen von Ravensberg ursprünglich nur in einem kleinen Bezirk die Freigerichtbarkeit zu. Da war es denn natürlich ihr Bestreben, beide Arten, die Ho- und die Frei-, späteren Femgerichte, zu erwerben, und zum großen Teil ist ihnen dies gelungen. Den landesherrlichen Richter in Bielefeld haben wir bereits erwähnt. Wenig richterliche Rechte besaßen die Grundherren über ihre Hinterlassen, und da die geistliche Gerichtsbarkeit zugunsten der landesherrlichen zurückgedrängt worden war, so war zu Beginn der Neuzeit das Ziel der Grafen, im ganzen Lande die Gerichtsbarkeit inne zu haben, so ziemlich erreicht, ja über die eigentliche Grafschaft, bis nach Herford, war sie, wie wir sahen, vorgezogen.

3. Bis 1609.

Im Jahre 1511 starb Wilhelm IV. (II.), der letzte männliche Sproß des Hauses Jülich, mit Hinterlassung einer Tochter Maria. Kaiser Friedrich III. und Maximilian I. hatten zunächst mehrfach dem Gesamtthaus Sachsen die Anwartschaft verliehen, dann aber widerrief Maximilian diese Expektanzen und erklärte, Maria sei der Nachfolge würdig und fähig. Das entsprach der Stimmung der Erblande, denen Sachsen viel zu entlegen war, die vielmehr wünschten, mit Kleve-Mark vereinigt zu werden. So kam denn 1510 die Ehe zwischen Maria und Johann, dem Jung-herzog von Kleve, zustande, und 1511 nahm dieser ungeachtet der Einreden des Hauses Sachsen die Erblande in Besitz, um 1521 seinem gleichnamigen Vater in Kleve-Mark zu folgen.

Aus dem Haus Kleve haben in Jülich, Berg und Ravensberg drei Fürsten regiert, der eben genannte Johann III. (—1539), Wilhelm V. (III.) (—1592) und der unglückliche geistesranke Johann Wilhelm (—1609).⁴⁾ Ihre äußere und Kirchenpolitik war vielfach schwankend und wenig erfolgreich; jene gehört nicht hierher, da Ravensberg davon kaum in Mitleidenschaft gezogen wurde, diese soll an anderer Stelle gewürdigt werden. Hier haben wir es mit ihrer inneren Politik zu tun, die wenigstens unter den beiden ersten ein durchaus erfreuliches Bild bietet. Auf brauchbare Diener gestützt, wie sie ihnen der verbesserte Unterricht darbot, führten sie wie so viele andere deutsche Fürsten des 16. Jahrhunderts viele Reformen ein. Zunächst wurde eine bessere Organisation der obersten Regierungsbehörden geschaffen und zwar in paralleler Form für Jülich, Berg und Ravensberg und für Kleve-Mark. Die Reformtätigkeit kam aber auch, was uns mehr interessiert, den einzelnen Landesteilen, mithin auch Ravensberg, zugute, das einer solchen sehr bedurfte.

Vor allem hatte hier die Verbesserung der Rechtspflege mit der Erweiterung der landesherrlichen Gerichtsgewalt durchaus nicht Schritt gehalten. Jetzt wurden die Voggerichte gänzlich reformiert; es gab deren von nun an drei, eins in Bielefeld für das Amt Sparenberg, eins in Herford für die Ämter Limberg und Blotho und eins in Versmold, später in Halle, für das Amt Ravensberg. An die Spitze dieser Gerichte traten juristisch gebildete Voggrafen, die Beisitzer waren Laien. Vor sie gehörten alle schweren Zivil- und Kriminalfälle. Geringfügige Streitigkeiten entschieden die Brüchten- und Amtstribengerichte.

Auch die Domänenverwaltung wurde verbessert. Jedes Amt erhielt einen Rentmeister. Neu geschaffen wurde 1535 die Stelle eines Landtschreibers, der wichtigste Posten, der einem Bürgerlichen zugänglich war. Der Inhaber desselben